

### Die Frage der Zusammenlegung der Betriebe.

Um Maßnahmen zur Ersparung von Brennstoffen herbeizuführen, haben in der Woche vom 6. bis 11. d. in Berlin Verhandlungen wegen der Zusammenlegung der Betriebe von Rohzuckerfabriken, sodann wegen vorläufiger Stilllegung der Betriebe der Zuckerrüben stattgefunden. Ein Ergebnis konnte, wie der „Berliner Börsen-Zeitung“ aus Magdeburg aus Kreisen des Zuckerhandels geschrieben wird, nach Lage der Dinge nicht erzielt werden. Jeder nur einigermaßen in der Zuckerindustrie Heimische weiß, daß die Rohzuckerfabriken und die Zuckerrüben alles von langer Hand her zur Durchführung ihrer Betriebe vorbereiten und vorsetzen müssen. Ein gewisser Vorrat an Rohstoffen muß im Sommer angefahren werden. Kalstein, Schwefelsäure und alle zum Betriebe notwendigen Herstellungstoffe müssen in reichlicher Menge zu Beginn der Betriebszeit vorhanden sein, damit keine Störungen eintreten. Sollten etwa all diese Dinge die Fabriken, die die Zuckerrüben mehrerer Fabriken bearbeiten sollen, nochmals anschaffen? Ein gewaltiger Anteil der Zuckerrüben selbst wird den Rohzuckerfabriken mit der Achse zugeführt! Sollen diese Mengen nun erst mit der Bahn verladen und den betreffenden Rohzuckerfabriken, für die sie bestimmt werden, zugeführt werden? In die Eisenbahn müßten in diesem Falle Ansprüche gestellt werden, denen sie in keiner Weise gewachsen wäre. Und die Entschädigungsfrage für die Rohzuckerfabriken? Unsummen würden erforderlich sein. Ein vorübergehendes Stilllegen der Zuckerrüben ist unmöglich. Wie soll der Bedarf des Heeres und der Bevölkerung gedeckt werden? Die in Deutschland bestehenden Weißzuckerfabriken sind in keiner Weise imstande, den Bedarf auch nur annähernd zu decken. Wenn eine unmittelbare Versorgung durch Rohzuckerfabriken stattfinden soll, weshalb läßt man denn keinen Kristallzucker ausschleudern und beschränkt dessen Herstellung auf die Mengen, die zur Versorgung des Heeres benötigt werden? Für die Versorgung des allgemeinen Verbrauches können die Rohzuckerfabriken, die gar nicht darauf eingerichtet sind, in keiner Weise erfolgreich herangezogen werden. Die Zeiten sind für Versuche heute viel zu ernst, an dem Bewährten soll man nicht rütteln, die Zuckerindustrie darf nicht zum Versuchskaninchen degradiert werden, zumal, wenn man im voraus klar sieht, daß der Versuch Fiasko machen muß.

Die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ schreibt: Die bestehende Metallknappheit hat zur Folge gehabt, daß Bestrebungen im Gange sind, zur Erreichung einer größeren Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Erzeugung die kleineren Werke ganz stillzulegen und die Verteilung der benötigten Mengen nur den leistungsfähigeren Werken zu übertragen. Bei der durch den Metallmangel notwendig gewordenen Einschränkung der Erzeugung auf etwa 25 Prozent des seitherigen Bedarfes kann von einer eigentlich vorteilhaften Herstellung bei sämtlichen Werken nicht mehr die Rede sein. Eine in den nächsten Tagen stattfindende Versammlung der Messingwerke wird zu dieser Frage entscheidende Beschlüsse herbeiführen. Wie in der Eisenindustrie, wo die gleichen Absichten bezüglich Zusammenlegung und Vereinigung der Betriebe bestehen, so sollen auch hier die Werke, die auf Herstellung ganz verzichten und ihren gesamten Anteil zur Verfügung stellen, in entsprechender Höhe ihres Erzeugungsanteiles abgefunden werden. Bei der zurzeit nicht gleichen Lage in der Kupfer- und Messingindustrie ist an dem Zustandekommen eines derartigen ausgleichenden Zusammenschlusses wohl nicht zu zweifeln. Hauptsächlich kommen bei der beabsichtigten Maßnahme solche Werke in Frage, die Messing-

flangen, Rohlinge usw. herstellen, da gerade bei diesen Erzeugnissen die Einschränkung der Herstellung am notwendigsten erscheint. Uebrigens plant die Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Messingwerke die Maßnahme ausschließlich in die Hand zu nehmen, um der Militärbehörde gegenüber eine geschlossene Stellungnahme der Werke durchzusetzen. Bemerkenswert ist ferner, daß die Behörde wie in anderen Industriezweigen so auch bei den Kupfer- und Messingwerken eine stärkere Zusammenfassung aller Kräfte in einem gebundenen Syndikat wünscht und diesen Wunsch eventuell zwangsweise in die Tat umzusetzen gesonnen ist. Die Messingwerke haben es bisher nur zu einer losen wirtschaftlichen Vereinigung gebracht, da alle Bestrebungen auf ein zu errichtendes Verkaufssyndikat bisher gescheitert sind. Da man es aber nun zu einem vom Staat auferlegten Zwangssyndikat nicht kommen lassen will, so ist man in einer schon vor Monaten stattgefundenen Versammlung bereits zu einer vorläufigen Verständigung gekommen und hat einem besonderen Ausschuß die Vorarbeiten für ein zu errichtendes Syndikat übertragen.

Die „Politischen Tagebücher“ schreiben: In der letzten Sitzung der deutschradikalen Partei des Abgeordnetenhauses wurde neuerlich in entschiedener Weise gegen die Absicht der Regierung, kleinere und mittlere Betriebe zusammenzulegen, d. h. aufzulassen, Stellung genommen. Die Abgeordneten Dr. Kindermann, Kraus und Heine wurden von der deutschradikalen Partei beauftragt, ernste Vorstellungen gegen solche Maßnahmen zu erheben.

Die Abgeordneten wandten sich daher in Zuschriften an den Minister für Landesverteidigung und an den Handelsminister. In denselben führen die Abgeordneten aus, daß durch eine Zusammenlegung der Betriebe das Gewerbe und die Industrie auf das empfindlichste geschädigt würden. Beweis dessen die Stellungnahme aller in Betracht kommenden Handels- und Gewerbekammern sowie der industriellen Verbände. Die Abgeordneten verweisen ferner darauf, daß sich der Schaden, welcher dadurch unserem Mittelstand zugefügt wird, nicht wieder gut machen läßt. Eine Entschädigung für die Auflassung kann nicht in dem Ausmaß gegeben werden, wie es dem unermesslichen Schaden, welcher dem Gewerbe dadurch zugefügt wird, entspricht.